München, 14. Mai 2025

05/25

Rentenpläne von BM Bärbel Bas und die Unterstützung des Landesseniorenrats Bayern

Die Diskussion über eine gerechtere Rentenpolitik hat in Deutschland in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Dabei spielen die Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen und Politikern in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) eine wichtige Rolle. Wir vom Landesseniorenrat Bayern unterstützen grundsätzlich die Reformpläne von Bundesministerin Bärbel Bas.

Bärbel Bas, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland, hat dafür plädiert, die gesetzliche Rentenversicherung breiter aufzustellen. Ihr Vorschlag sieht vor, auch Beamte, Selbstständige und Politiker in die GRV einzubeziehen, um das System langfristig solidarischer zu gestalten.

Beamte waren bisher von der GRV ausgeschlossen, da sie über eigene Versorgungssysteme abgesichert sind. Die Einbeziehung von Beamten würde einen Beitrag zur Vereinheitlichung der Alterssicherungssysteme leisten, indem Unterschiede zwischen Berufsgruppen reduziert werden.

Für Selbstständige stellt die Alterssicherung häufig eine Herausforderung dar. Viele Selbstständige sind nicht rentenversicherungspflichtig, und im Alter oft von Armut bedroht. Die Integration in die GRV könnte ihnen mehr Sicherheit und eine geregelte Altersversorgung bieten.

Die Debatte um die Einbeziehung von Politikern in die GRV ist ebenfalls von zentralem Interesse. Politiker verfügen in der Regel über spezielle Pensionsregelungen, die von der GRV unabhängig sind. Ein solcher Schritt könnte das Vertrauen der Bevölkerung in die Rentenpolitik stärken, da Politiker selbst Teil des Systems wären, das sie für andere gestalten.

Der Landesseniorenrat Bayern spricht sich klar für eine Reform der Rentenversicherung aus und unterstützt den Vorschlag, eine Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen und Politikern in die GRV zu prüfen. Dieser deckt sich mit den Zielen des Landesseniorenrates, eine nachhaltige und gerechtere Rentenpolitik zu fördern.

Der Vorschlag von Frau BM Bas zur Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen und Politikern in die gesetzliche Rentenversicherung kann zu einem gerechteren und solidarischeren Alterssicherungssystem beitragen. Es bleibt abzuwarten, wie die Herausforderungen dieses Vorschlages umgesetzt werden sollen. Noch können weder die Auswirkungen auf die Finanzen von Bund, Ländern und Rentenversicherung noch der Effekt auf die Alterssicherung unserer Seniorinnen und Senioren abgeschätzt werden.

Der Landesseniorenrat Bayern wird diesen Prozess aufmerksam begleiten und sich als gesetzlich normierte Seniorenvertretung in Bayern für eine gerechte und solidarische Rentenpolitik in Deutschland einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstände Öffentlichkeitsarbeit

Gundi Budzinski/Peter Klein